



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber, Petra Guttenberger, Dr. Gerhard Hopp, Andreas Schalk, Kerstin Schreyer, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Eric Beißwenger, Alex Dorow, Holger Dremel, Matthias Enghuber, Karl Freller, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Petra Högl, Andreas Jäckel, Sandro Kirchner, Jochen Kohler, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Berthold Rüth, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Martin Schöffel, Sylvia Stierstorfer, Karl Straub, Klaus Stöttner, Walter Taubeneder, Steffen Vogel, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ernst Weidenbusch, Georg Winter und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/24635

Arbeit muss sich lohnen – „Nein“ zum Bürgergeld

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die aktuell vorliegenden Pläne zur Einführung eines Bürgergeldes und der Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Bürgergeld-Gesetz in dieser Form gestoppt werden.

Der Landtag stellt fest, dass das Bürgergeld nicht nur Fehlanreize setzt; es ist ein sozialpolitischer Irrweg; es beendet das bewährte Prinzip des Förderns und Forderns. Das Verweigern zumutbarer Arbeit muss auch in Zukunft Konsequenzen haben. Zudem muss es auch künftig einen deutlichen Abstand zwischen Arbeitsentgelt und Grundsicherung geben, sodass sich Arbeit für den Einzelnen auch wirklich lohnt. Der Bezug von Bürgergeld darf in keinem Fall attraktiver als eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung werden.

Um Langzeitarbeitslose bestmöglich und vor allem ganzheitlich unterstützen zu können, fordert der Landtag die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für einen Ausbau der Maßnahmen sowie eine engere Betreuung und Beratung durch die Jobcenter einzusetzen. Damit dies möglich ist, brauchen die Jobcenter eine angemessene finanzielle und personelle Ausstattung.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident